

Hochgradig unchristlich

Rosemarie Schwarz, Heppenheim

Abgeordnete vermeidet Stellungnahme

WN vom 9. August

Zu den Informationen, die Frau Philippi bei ihrem Besuch in Laudenbach zum geplanten evangelischen Gemeindezentrum (GZ) erhalten hat, ist einiges richtigzustellen: Unterschriften für ein Bürgerbegehren wurden nicht – wie Dr. Gerd Duddek ausführte – nach dem Grundsatzbeschluss des Gemeinderates im Mai 2016 gesammelt, sondern erst nach Bekanntwerden der geplanten Baumaßnahme und nach der Gemeindeversammlung im Oktober 2017, beginnend am 20. Januar 2018 mit dem Ziel, das neue GZ nicht vor die Kirche zu bauen, die laut Denkmalamt ein „Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung“ ist.

Viele Menschen vor Ort wollen kein wuchtiges zweistöckiges Gebäude, das die Grundfläche unseres Kirchenschiffes und eine Höhe von 10,50 Meter hat, auf dem schönsten Dorfplatz – mit einem Abstand von nur 1,40 Meter zur Straße. Entgegen den Aussagen von Dr. Duddek sind die Unterzeichner des Bürgerbegehrens keine „Gegner“ eines Gemeindezentrums; vielmehr sind es Menschen, die dieses Gebäude nicht an dieser Stelle haben wollen, weil es direkt an der B 3 stehen soll.

Dadurch ist die Verkehrssicherheit in mehrfacher Hinsicht gefährdet. Auch wenn „der Hauptzugang an der oberen südlichen Seite des Gebäudes geplant sei“, so der Vortragende, ist an der B 3 nicht nur der Zugang zum Pfarrbüro, sondern auch der behindertengerechte Eingang zum Aufzug für GZ und Kirche. Weder das Schönreden dieser Planung (der Architekt hat wohlweislich bis heute die seit November 2017 versprochene CAD-Animation des geplanten Gebäudes nicht bereitgestellt) noch das Ablehnen eines Bürgerentscheids zeugen von einem demokratischen Stil. Bürgernähe sieht anders aus!

Die anmaßende Meinung von Duddek, Bürger würden von Entscheidungen der repräsentativen Demokratie überfordert, ist völlig absurd; vielmehr werden Bürger hier um ihre demokratischen Rechte gebracht – mit dem fadenscheinigen Argument einer vom Bauausschuss am 22. Januar 2018 (zwei Tage nach Beginn der Unterschriftenaktion) schnell eingereichten, unvollständigen und fehlerhaften Bauvoranfrage.

Die „repräsentative Demokratie“ missbraucht hier ihre Macht. Klar beschreibt ein Laudenbacher Bürger das Vorgehen und Verhalten der Verantwortlichen zur Baumaßnahme als undemokratisch und in höchstem Maß unchristlich.